Die SPD-Fraktion hat einen ergänzenden Änderungsantrag zur Geschäftsordnung gestellt, der am 19. März 2021 in das Ratsinformationssystem eingestellt wurde. Danach soll die Begrenzung der Redebeiträge in den Ausschuss-Sitzungen aufgehoben werden.

Die Verwaltung weist daraufhin, dass die anderen Fraktionen eine ausführliche Beratung des Antrages innerhalb der Fraktionen als sinnvoll erachten würden.

Die SPD-Fraktion hält an dem Beschlussvorschlag fest, damit die Änderung der Geschäftsordnung in einem Zuge erfolgen kann und keine erneute Änderung in einer folgenden Sitzung notwendig wird.

Beschlussvorschlag der SPD:
§ 28 der Geschäftsordnung (Abweichungen für das Verfahren der Ausschüsse; Anhörung von Sachverständigen und Einwohnern) wird um einen Absatz 15 wie folgt ergänzt:
(15) § 13 Abs. 6 Satz 3 findet auf Ausschüsse keine Anwendung.

**Beschluss: mehrheitlich abgelehnt**
**Ja-Stimmen 8 (SPD) Nein-Stimmen 34 (CDU, Grüne, BfM, FDP, UWG) Enthaltung 1 (fraktionsloses Ratsmitglied)**